

**Der Regierungsratskandidat der EVP**

«Bei der Wahl sollte nicht das Parteibüchlein im Vordergrund stehen»

Thomi Jourdan möchte im Baselbieter Wahlkampf über Kompetenzen statt über Parteizugehörigkeiten sprechen – und empfiehlt sich als konsensorientierter Exekutivpolitiker.



Thomas Dähler
Publiziert 09. Dezember 2022



Regierungsratskandidat Thomi Jourdan findet, dass sein Rucksack und das, was er mitbringt, zu den Herausforderungen passen, die sich heute stellen.

Foto: Nicole Pont

Herr Jourdan, Sie kandidieren bei den anstehenden Baselbieter Regierungsratswahlen. Es treten lauter Männer gegen die SVP-Kandidatin Sandra Sollberger an. Haben Sie kein schlechtes Gewissen, gegen eine Frau anzutreten?

Nein. Es geht darum, welche Persönlichkeiten die richtigen Anforderungen mitbringen. Meine Kandidatur ist nicht gegen jemanden gerichtet, sondern Ausdruck davon, dass mein Rucksack und das, was ich mitbringe, zu den Herausforderungen passen, die sich heute stellen. Die Chance ist gross, dass es bei der Direktionsverteilung um die Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion geht, für die ich viel Wissen und Erfahrung mitbringe.

Was unterscheidet Sie von den anderen neu Kandidierenden?

Mein fachlicher und beruflicher Hintergrund: Ich habe zehn Jahre lang im Gesundheitsbereich gearbeitet, heute führe ich ein KMU mit 30 Mitarbeitenden. Ausserdem war ich acht Jahre Landrat, Mitglied der Finanzkommission und bin seit 14 Jahren Gemeinderat in Muttenz, einer grossen Gemeinde mit 18'000 Einwohnern und vielen komplexen, grossen Projekten. Zudem: Ich spüre stark den Wunsch der Bevölkerung für mehr konsens- und sachorientierte Politik.

**«Solothurn, Aargau oder Jura
sollten stärker in die
Gesundheitspolitik eingebunden
werden.»**

Sprechen wir über die Gesundheitspolitik. Wollen Sie andere Akzente setzen als der heutige Amtsinhaber Thomas Weber – oder doch eher seine Politik fortsetzen?

Ich finde, Thomas Weber hat einen guten Job gemacht. Der gemeinsame Gesundheitsraum mit Basel-Stadt ist in der Schweiz einzigartig. Dass dies geschafft wurde, ist ein grosser Schritt. Die Spitallisten oder die Zulassungsbeschränkungen im ambulanten Bereich wurden angekündigt und umgesetzt – zusätzlich zu den Herausforderungen der Corona-Pandemie. Ich möchte auf dieser Ausgangslage aufbauen. Nun muss versucht werden, Solothurn, Aargau oder Jura stärker einzubinden, denn Gesundheitspolitik lässt sich nicht im Mikrokosmos planen. Wenn der Bund zu wenig dazu beiträgt, müssen wir Kantone mutiger werden und weitere kostendämpfende Massnahmen einleiten.

Was tun Sie gegen die Spitzenposition der beiden Basel bei der Prämienlast?

Wir agieren zu stark massnahmenbezogen und ideologisch. Mir fehlt ein Ziel, das verbindlich verankert wird, das bei der Bevölkerung statt nur bei Experten und Politikern abgeholt wird. Die Bevölkerung soll sich zur Zugänglichkeit, zur Qualität und zu den Kosten äussern. Viel zu viel Zeit geht bei ideologischen Grabenkämpfen verloren, ohne dass Parlament und Regierung die konkrete Meinung der Baselbieter kennen.

**«Es ist risikoreich, den
Zubringer Allschwil auf
städtischem Gebiet zu planen,
ohne eine Zusage der
Bevölkerung zu haben.»**

Zur Volkswirtschafts- und Gesundheitsdirektion gehört auch die Standortförderung. Verfolgt diese die richtige Strategie?

Auch hier finde ich, dass in den letzten Jahren ein solides Fundament gebaut wurde. Die Standortförderung ist gut aufgestellt. Wir hinken jedoch bei der Bereitstellung von Infrastruktur hinterher. In Salina Raurica wurde das Tram nach jahrelanger Planung vom Volk abgelehnt. Auch zu Allschwil lässt sich sagen, dass die Arealentwick-

lung und die Infrastruktur zeitlich näher beieinanderliegen müssten. Der Kanton hat den Zubringer Allschwil entwickelt und wurde vom Bund zurückgepfiffen. Für mich nicht überraschend, weil zu einseitig geplant wurde. Der Kanton muss bei der multi-modalen Erschliessung die Hausaufgaben machen. Es braucht ganz sicher die Strasse, aber gleichzeitig nicht nur eine Absichtserklärung von Basel-Stadt für ein Tram, sondern ein konkretes Projekt für die Anbindung an den öffentlichen Verkehr. Risikoreich ist auch, auf städtischem Gebiet zu planen, ohne eine Zusage der Bevölkerung zu haben.

Abgesprochen hat sich Baselland mit dem Basler Regierungsrat, und dieser ist von der Bevölkerung gewählt.

Schon, aber wir sehen jetzt, dass es in Basel Widerstand gegen neue Tunnel auf städtischem Boden gibt. Es braucht für die unterirdische Strasse auf dem Basler Kantonsgebiet zur Erschliessung des Bachgrabens einen legitimierte Entscheid der Basler Bevölkerung. Das gäbe Planungssicherheit, schliesslich soll Baselland den Tunnel bezahlen. Es gab in den letzten Jahren zu viele abgelehnte Infrastrukturprojekte nach jahrelangen Planungen. Auch hier: Es braucht den Mut, die Bevölkerung mehr und früher einzubeziehen.

Sie verstehen sich als Konsenspolitiker. Ihre Partei ist jedoch im Landrat eine kleine Partei. Wie wollen Sie ohne diese Basis jeweils einen Konsens finden? Wie wollen Sie Mehrheiten gewinnen?

Regierungswahlen sind Persönlichkeitswahlen. Mehrheiten müssen dann mit guten Ideen und guten Vorlagen erreicht werden. Ein dossierfester Regierungsrat muss in der Lage sein, über die parteipolitischen Grenzen hinweg auf Leute zuzugehen. Da kann es ein Vorteil sein, nicht aus einer politischen Ecke zu kommen. Entscheidend ist: Es geht um die Kompetenz und nicht um die Parteizugehörigkeit.

Sie politisieren seit langem in Muttenz. Was motiviert Sie, in die kantonale Politik zurückzukehren?

Es ist meine Freude am aktiven Gestalten und als Regierungsrat Verantwortung zu übernehmen. Ich bin gerne Exekutivpolitiker und bewerbe mich um das wahrscheinlich spannendste Amt in diesem Kanton. Eine Aufgabe, bei der es gilt, mit Leidenschaft mehrheitsfähige Lösungen zu erarbeiten und eine Verwaltung im Team zu führen. Wie als Gemeinderat in einer grossen Gemeinde oder wie früher bei meiner beruflichen Arbeit im Gesundheitsdepartement der Stadt Zürich.

Höre ich da heraus, dass Sie nicht gleichzeitig auch für den Landrat kandidieren?

Nein, ich möchte Regierungsrat werden.

Wie beurteilen Sie das Verhältnis zwischen den kantonalen Behörden und den Gemeinden?

Die Regierung hat in der Vergangenheit den Gemeinden Freiheiten aufgezeigt, etwa in der Raumplanung, im Altersbereich oder bei der Bildung. Aber es braucht auch den Willen der Gemeinden, Verantwortung zu übernehmen. Und es muss für sie attraktiv sein – da bräuchte es allenfalls Anpassungen beim Finanzausgleich. Generell wünschte ich mir, dass die Gemeinden etwas mehr Mut aufbrächten. Vor allem die grossen Gemeinden hätten dazu Möglichkeiten. Einzig Reinach kümmert sich zum Beispiel um die Baubewilligungen. Wir in Muttenz prüfen es jetzt immerhin.



An einem Landratsmandat ist Thomi Jourdan nicht interessiert: «Nein, ich möchte Regierungsrat werden.»

Foto: Nicole Pont

Es gibt aber auch kleine Gemeinden mit weniger Möglichkeiten, gar solche, die nicht mal genügend Gemeinderäte finden.

Ja, klar, ich glaube, der Kanton hat eine Verantwortung, in kleinen Gemeinden sicherzustellen, dass diese die Unterstützung erhalten, wenn sie sie brauchen und wollen. Zudem braucht es den Willen des Kantons und der Gemeinden, Wege zu finden, damit bei unterschiedlichen Voraussetzungen auch unterschiedliche Wege möglich sind.

Sind Sie dafür, Fusionen unter kleinen Gemeinden attraktiver zu machen?

Das ist schwierig. Gemeinden sind verständlicherweise sehr emotionale Einheiten. Wenn es aber wie in Kilchberg nicht mehr gelingt, den Gemeinderat zu wählen, braucht es Überlegungen, wie wir die Aufgaben in Zukunft lösen. Hier können wir sicher auch von anderen Kantonen lernen.

Das Verhältnis zum Nachbarkanton Basel-Stadt gestaltet sich manchmal schwierig – zuletzt, als die Spitalfusion gescheitert ist. Könnten Sie hier einen Beitrag zu einem besseren Einvernehmen leisten?

Hier wurde zuletzt einiges erreicht. Etwa bei der Uni hat sich das Verhältnis entspannt. Baselland hat dazu beigetragen, bei der Führung oder den Strukturen Verbesserungen zu realisieren. Es wurde sichergestellt, dass die Universität wirklich von beiden Basel getragen wird. Auch im Gesundheitsbereich wurden gute Schritte realisiert. Wir müssen in Zukunft viele Fragen gemeinsam lösen. Der Verkehr kennt keine Kantons Grenzen, und auch viele wirtschaftliche Fragen müssen grenzüberschreitend gelöst werden. Ebenso in der Bildung.

Sie stehen bei vielen Fragen in der politischen Mitte und riskieren, von den Bürgerlichen und den Linken übergangen zu werden. Wer soll Sie wählen?

Alle, die der Überzeugung sind, dass bei der Wahl die Kompetenz und die Persönlichkeit im Vordergrund stehen – und nicht das Parteibüchlein. Alle Gewählten sagen, das Parteibüchlein sei bei der Regierungsarbeit nicht entscheidend. Das gilt schon bei der Wahl: Regierungsratswahlen sind Persönlichkeitswahlen.

Wenn Kompetenz und Persönlichkeit im Vordergrund stehen: Wären Sie da dabei?

Das müssen die Wählenden beurteilen. Meine politische Erfahrung, mein fachlicher und beruflicher Hintergrund und meine Führungserfahrung im Gesundheitswesen und als Geschäftsführer eines KMU können in die Waagschale gelegt werden. Ich glaube, das ist ein interessantes Angebot.

Thomas Dähler ist Redaktor und Mitglied des BaZ-Politik-Teams. Schwerpunkte seiner journalistischen Arbeit sind Finanzpolitik, Verkehrspolitik und Ökologie.